

Stadtkämmerer Ochs macht folgende Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf 2017:

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Konsequente Weiterentwicklung mit Maß“

Die Haushaltssituation der Stadt Heidenheim ist nicht mehr so komfortabel wie sie war. Fallende Zuführungsraten und steigende Rücklagenentnahmen sind Realität. Die Entwicklung trifft uns aber dank guter Konjunktur und sparsamer Haushalts- und Wirtschaftsführung weniger stark als noch vor zwei Jahren angenommen. Die allgemeine Rücklage liegt mit ihren 39,5 Mio. Euro Anfangsbestand beispielsweise um mehr als 15 Mio. Euro höher als noch vor zwei Jahren prognostiziert. Sie deckt allerdings nicht mehr die städtischen Schulden ab. Die Einwohnerzahl ist trotz negativer Prognosen aus früheren Jahren positiv.

Wir befinden uns also in einer angespannten Ausgangsposition für das Haushaltsjahr 2017 und die kommenden Jahre. Das wirtschaftliche Umfeld ist trotz aller Befürchtungen um ein Wiederauf-flackern der Euro-Krise, die Konflikte in Nah-Ost und der Ost-Ukraine besser als noch letztes Jahr gedacht. Die Flüchtlingskrise hat nicht zu dem konjunkturellen Dämpfer geführt, der von allen Seiten befürchtet wurde. Im Gegenteil – die deutsche Wirtschaft hat an ihrer Exportstärke nichts eingebüßt, so dass die Bundesregierung das Konjunkturwachstum für 2016 mit 1,8 und 2017 mit 1,4% prognostiziert. Das Wachstum wird als stabil eingeschätzt und auch die Arbeitslosendaten sind trotz der hohen Zahl an Flüchtlingen erfreulich gering.

Die Steuereinnahmen in Deutschland werden gemäß der letzten Mai-Steuerschätzung auf durchschnittlich 4 % jährlich steigend geschätzt. Der Deutsche Städtetag geht bei den kommunalen Steuereinnahmen für 2016 von 93,6 Mrd. Euro aus, was 0,9 % mehr als 2015 sind. Für 2017 sogar um 8,2 % mehr. Trotz der hohen kommunalen Steuereinnahmen bleiben die Kassenkredite der deutschen Kommunen bei fast 50 Mrd. Euro. Wegen des überproportionalen, laufenden und konjunkturunabhängigen Anstiegens der Ausgaben im Sozialbereich sind hier wieder 9,7 % mehr Ausgaben in 2016 zu erwarten. Der Trend wird auch 2017 weiter anhalten. Insgesamt werden dann deutschlandweit 59 Mrd. Euro an kommunalen Sozialleistungen erwartet, was im Vergleich zu 2014 eine Steigerung von 10 Mrd. Euro bedeutet. Der Bund reagiert darauf mit einer Entlastung von 5 Mrd. Euro, die aber erst ab dem Jahr 2018 greifen wird.

Der Haushaltserlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft steht immer noch aus. Hintergrund sind die noch nicht abgeschlossenen Gespräche zwischen Land und Kommunen über deren Finanzausstattung. Das Land benötigt zur Beseitigung eines strukturellen Defizits im Landeshaushalt 800 Mio. Euro. Von den Kommunen wird ein Sparbeitrag von 300 Mio. Euro verlangt. Die Kommunen beteiligen sich allerdings schon heute mit 315 Mio. Euro und haben das Land seit 2012 bereits mit höheren Millionenbeträgen jedes Jahr unterstützt. Das Land profitiert schon lange von der guten Wirtschaftsentwicklung. Die vor wenigen Tagen erfolgte Einigung zwischen den Ländern und dem Bund über die Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs wird in Baden-Württemberg dazu führen, dass ab dem Jahr 2020 ca. 960 Mio. Euro zusätzliche Mittel vom Bund in den Landeshaushalt fließen und der Länderfinanzausgleich komplett entfällt. Dieser Punkt sollte auch in die Verhandlungen der Kommunen mit dem Land einfließen.

Bei den Steuereinnahmen kann Baden-Württemberg nach der Mai-Steuerschätzung gegenüber dem 2. Nachtragshaushalt 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2017 mit 310 Mio. Euro zusätzlichen Nettosteuererhöhungen im Jahr 2016 und 347 Mio. Euro im Jahr 2017 rechnen. Statt die Kommunen bei den Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und Integration der Flüchtlinge kurz zu halten, wäre es mehr als angemessen, dass das Land den Kommunen hier entgegen kommt und von den Steuererhöhungen die Kommunen deutlich entlastet. Der Gemeindetag Baden-Württemberg rechnet bei der Flüchtlingsunterbringung und Integration mit einem Gesamtbedarf in Höhe von fast 500 Mio. Euro pro Jahr.

Der Haushaltserlass bleibt abzuwarten, zudem noch die Novembersteuerschätzung. Diese Daten werden, sobald sie vorhanden sind, in den Haushaltsentwurf noch eingearbeitet. Die Verwaltung hat aufgrund der letzten Steuerschätzung vom Mai 2016 die maßgeblichen Daten verarbeitet. Wir gehen von einer weiter steigenden Beschäftigungssituation, wachsenden Einkommen, stabilen Gewinnen der Unternehmen und weiter niedrigen Zinssätzen aus. Konkrete Steigerungsraten für den Zeitraum 2017 bis 2020 können wir allerdings im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren aufgrund des fehlenden Haushaltserlasses nicht nennen.

Das ist wenig erfreulich, da bereits letztes Jahr der auslaufende Pakt über die gegenseitigen Finanzbeziehungen zwischen den Kommunen und dem Land absehbar war. Die Städte und Gemeinden werden, was ihre Planung angeht, zu lange hingehalten. Die Gespräche mit dem Land und den Kommunen sind noch immer nicht abgeschlossen. Investitionen werden daher eher vorsichtig angegangen. Dies äußert sich zum Beispiel an dem Umstand, dass der Investitionsrückstand allein bei den Schulbausanierungen in Baden-Württemberg derzeit bei über 3 Mrd. Euro liegt und ein eigenes Förderprogramm für die Sanierung von Schulen auf sich warten lässt. Die Städte und Gemeinden vor Ort können hierauf nicht warten. Heidenheim hat stets in den Ausbau und die Sanierung der Schullandschaft investiert – auch in 2017 gehen trotz rückläufiger Einnahmen wieder mehr als 4 Mio. Euro in den Ausbau und die Weiterentwicklung der Schulen.

So wie bei den Schulen wird die Stadt auch die anderen Bereiche wie z.B. Kindergärten, Sanierungsgebiete, Straßen und Abwasserbeseitigung konsequent weiter voranbringen. Vieles wurde in den letzten Jahren aufgebaut und geschaffen.

Ich komme nun zum Zahlenwerk des Haushalts 2017:

Haushaltsvolumen

Das Gesamtvolumen 2017 beträgt 191.684.000 Euro. Hiervon entfallen 154.509.000 Euro auf den Verwaltungshaushalt und 37.175.000 Euro auf den Vermögenshaushalt. Das Gesamtvolumen ist um ca. 2,5 % höher als das Vorjahresvolumen. Der Vermögenshaushalt liegt um 6,4 %, der Verwaltungshaushalt liegt 1,6 % über dem Vorjahresniveau.

Verwaltungshaushalt

Der höhere Verwaltungshaushalt hat vor allem folgende Ursachen:

Auf der Einnahmenseite:

- 1) Die Gewerbesteuer ist mit 25,5 Mio. Euro um 1 Mio. Euro höher als 2016 veranschlagt – der Betrag liegt damit etwas über dem Wert von 2016. Von den hohen Einnahmen aus 2015 kann man nicht mehr ausgehen.
- 2) Die Dividende der Stadtwerke AG fällt um 1 Mio. Euro höher als 2016 aus.
- 3) Der Anteil an der Einkommensteuer liegt 1,2 Mio. Euro über dem Wert von 2016. Den landesweiten Basiswert schätzen wir um 300 Mio. Euro höher als 2016.
- 4) Der Anteil an der Umsatzsteuer wird um 921.000 Euro höher als 2016 angenommen. Dies ist allerdings eine noch ungefähre Größe, da der Anteil an den Zuweisungen für die Flüchtlingsunterbringungs- und Integrationskosten des Bundes gekoppelt ist. Hier wissen wir noch nicht, inwiefern diese Zusatzbeträge konkret auf die Kommunen verteilt werden.

Die kalkulatorischen Kosten erhöhen sich im Zuge der Einführung des Neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens und der Bewertung des städtischen Vermögens um 2,7 Mio. Euro auf der Einnahmen und Ausgabenseite. Ohne diese Erhöhung läge das Verwaltungshaushaltsvolumen fast gleichauf mit dem Volumen von 2016.

Die Schlüsselzuweisungen fallen wegen der Systematik des kommunalen Finanzausgleichs mit 15,5 Mio. Euro um 7,2 Mio. Euro geringer als noch 2016 aus. Dieser Einnahmeverlust kann selbst durch alle Verbesserungen im Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen werden, so dass mit bedingt durch die erhöhte Kreisumlage eine Zuführung vom Vermögenshaushalt mit 1,79 Mio. Euro notwendig wird.

Bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt liegen die Personalausgaben mit 35,8 Mio. Euro um 1,4 Mio. Euro höher als 2016. Tarifsteigerungen und zusätzliche Stellen für die hinzugekommenen Aufgaben machen sich deutlich bemerkbar. Z. B. zwei neue Stellen im Ausländeramt, eine Stelle in der Kämmerei für NKHR, Integrationsbeauftragter und zusätzliches Personal für neue Kindergartengruppen.

Der Verwaltungshaushalt ist ansonsten von folgenden Positionen geprägt, die noch wesentlich mehr als die Personalausgaben steigen. Es sind vor allem:

- 1) Die Finanzausgleichsumlage steigt um 1,8 Mio. Euro auf 16,5 Mio. Euro. Dies liegt an der gestiegenen Steuerkraftsumme aus dem Jahr 2015 als Berechnungsgrundlage. Es ist die höchste veranschlagte FAG-Umlage in einem Haushalt der Stadt.
- 2) Die Kreisumlage wird mit einem Hebesatz von 36,5 % kalkuliert, also ein Hebesatzpunkt höher als bisher. Sie liegt nun bei fast 26,2 Mio. Euro, was 2,7 Mio. Euro mehr als 2016 sind. Die in 2017 veranschlagte Kreisumlage ist wie die FAG-Umlage die höchste je in einem Haushalt der Stadt Heidenheim veranschlagte Kreisumlage und liegt damit nochmals höher als der bisherige Höchstwert in 2016. Grund ist wie bei der FAG-Umlage zum einen die höhere Steuerkraftsumme aus 2015, die für die Berechnung maßgeblich ist, aber auch die steigenden Sozialkosten im Landkreis.
- 3) Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse der Stadt werden mit 11,95 Mio. Euro veranschlagt. Sie liegen damit nochmals um 142.000 Euro höher als der bisherige Höchstwert aus 2016. Allein auf die freien Träger der Kindertageseinrichtungen entfallen von den Zuweisungen und Zuschüssen 8,1 Mio. Euro, was eine Steigerung von 157.000 Euro bedeutet. Im Vergleich zum Ergebnis 2012 bedeutet der Ansatz 2017 eine Zunahme um 2,4 Mio. Euro. Bei dieser Position wird deutlich, wie allein der Bildungs- und Betreuungsbereich gewachsen und voran gebracht worden ist. Hier gilt es, in Zukunft nicht nachzulassen, aber auch den Blick auf die Gebühreneinnahmen zu schärfen. Die Gebühren für die Kindertagesstätten liegen z. B. noch deutlich unter den Richtwerten des Landes.

Der Saldo zwischen Steuereinnahmen, Finanzzuweisungen und Umlagen, das sog. „Netto-Steueraufkommen“ liegt in 2017 bei nur noch 35 Mio. Euro. Verglichen mit 2015 sind dies 23 Mio. Euro weniger.

Bei den Sachausgaben gibt es die üblichen jährlichen Steigerungen. Zusätzlich schlagen auch die zusätzlichen Wohnungen für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen durch, die derzeit noch nicht kostendeckend zu refinanzieren sind. Das Defizit wird hier in 2017 ca. 500.000 Euro betragen.

Die Zinsausgaben können wegen dem weiterhin günstigen Zinsniveau um 180.000 Euro niedriger als noch im Vorjahr bei gleichbleibendem Schuldenstand angesetzt werden. Im Haushaltsjahr ist dieser Umstand allerdings kein Anlass, die Verschuldung zu erhöhen.

Der Verwaltungshaushalt kann insgesamt gesehen allerdings, wie bereits erwähnt, keinen Überschuss aus laufenden Einnahmen und Ausgaben erzielen, sondern braucht eine umgekehrte Zuführung aus dem Vermögenshaushalt in Höhe von 1,79 Mio. Euro. Das ist im Vergleich zu 2016 eine Verschlechterung von 9,3 Mio. Euro.

Die gesetzliche Mindestzuführungsrate liegt bei 2,4 Mio. Euro. Zur Finanzierung der laufenden Ausgaben in 2017 muss die Stadt also einen Vermögensverzehr in Kauf nehmen.

Querschnitt

Zieht man einen Querschnitt über den Verwaltungshaushalt 2017, so werden die Mittel hauptsächlich für folgende Aufgabenbereiche eingesetzt:

- allgemeine Verwaltung: 13,5 Mio. Euro; entspricht 8,7 %
- Schulen: 11,6 Mio. Euro; entspricht 7,5 %
- Kulturpflege: 9,3 Mio. Euro; entspricht 6 %
- Kindertageseinrichtungen: 18,5 Mio. Euro; entspricht 12 %
- Sportstätten, Waldfreibad: 9,8 Mio. Euro; entspricht 6,4 %
- Bau- und Wohnungswesen, Verkehr: 12,6 Mio. Euro; entspricht 8,2 %
- Abwasserbeseitigung: 11,6 Mio. Euro; entspricht 7,5 %
- Allgemeine Zuweisungen u. Umlagen (Kreis- u. Finanzausgleichsumlage), sonstige Finanzausgaben: 51,1 Mio. Euro; entspricht 33 %
- die restlichen 10,7 % verteilen sich auf die hier nicht genannten Aufgabenbereiche

Die Bedeutung von Kindertageseinrichtungen und Schulen am Verwaltungshaushalt ist weiterhin sehr hoch. Der Anteil beträgt 20 %. Insgesamt verwenden wir im Bildungs- und Betreuungsbe- reich mehr als ein Viertel des Verwaltungshaushaltsvolumens.

Zuweisungen und Umlagen an das Land sind mit 33 % Anteil deutlich höher und auch höher als alle anderen Bereiche. Dies erklärt, warum 2017 ein schwieriges Haushaltsjahr wird.

Vermögenshaushalt

Das Vermögenshaushaltsvolumen beträgt 37.175.000 Euro, was 2.243.300 Euro mehr als 2016 sind. Zieht man die negative Zuführungsrate ab, verbleibt immer noch ein sehr hoher Wert, der Zeichen für ein auf konsequentes Wachstum ausgerichtetes Handeln der Stadt ist.

An Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind 29,6 Mio. Euro angesetzt, was 3,2 Mio. Euro weniger als 2016 sind. Hier sind 2,1 Mio. Euro für den Grunderwerb enthalten. Folgende Vorhaben sind die bedeutendsten Maßnahmen im Haushaltsjahr 2016:

Einzelplan 0

Im Unterabschnitt 0610 werden für den Umbau des Rathauses im EG und 1. OG 500.000 Euro ein- geplant. Bürger- und Ausländeramt werden verbessert. Für den Emil-Ortlieb-Saal im Rathaus sind 95.000 Euro zur Verbesserung der Multi-Media-Technik veranschlagt. Ein Aufzug für 80.000 Euro stellt die Barrierefreiheit zum 1. OG her. Für Verbesserungen im Kommunikationsnetz werden 36.000 Euro und für Hard- und Software 149.500 Euro bereitgestellt.

Einzelplan 1

Für die Anschaffung des Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs in Oggenhausen wird die zweite Rate mit 160.000 Euro veranschlagt. Der Gesamtbetrag liegt bei 320.000 Euro. Hier gibt es einen Landeszuschuss von 90.000 Euro.

Einzelplan 2

Schulartübergreifende Neuanschaffungen sind für 435.550 Euro im Haushalt aufgenommen wor- den. Darin sind wieder 100.000 Euro für Ersatzbeschaffungen im Rahmen des Konzepts „Multi- Media an Schulen“ enthalten.

Für die Sekundarstufe der Gemeinschaftsschule an der Friedrich-Voith-Schule sind nach den bis- her bereit gestellten 2,8 Mio. Euro in 2017 weitere 2,38 Mio. Euro und eine Verpflichtungsermäch- tigung mit 1,7 Mio. Euro veranschlagt. Die Förderung vom Land ist mit 600.000 Euro aufgenom- men.

Im Primarbereich der Friedrich-Voith-Schule sind 350.000 Euro veranschlagt.

Die Restarbeiten und Arbeiten an den Außenanlagen an der Eugen-Gaus-Realschule sind mit 400.000 Euro enthalten und vom Land gibt es 170.500 Euro an Zuweisungen

Einzelplan 3

Für die Sanierungen im Naturtheater erhält die Naturtheater-Grundstücksverwaltungs-GmbH eine Aufstockung der Kapitalrücklage in Höhe von 300.000 Euro.

Einzelplan 4

Der Abbruch des Kindergartens in der Albert-Schweitzer-Straße wird 2017 begonnen. Hierfür sind 900.000 Euro und eine Verpflichtungsermächtigung von 1.050.000 Euro veranschlagt. Die Förderung aus dem Kommunalinvestitionsprogramm beträgt 1,4 Mio. Euro, wovon 600.000 Euro in 2017 eingeplant sind. Für den Teilabbruch und den Anbau für drei Kindergartengruppen beim Zinzendorfgemeindehaus sind 250.000 Euro eingeplant. Für die freien Träger sind 911.000 Euro für die Sanierung der Kindergärten Wehrenfeld, Carl-Schwenk-Straße und Hans-Thoma-Straße reserviert.

Ausstattungsgegenstände für Flüchtlingswohnungen sind mit 100.000 Euro berücksichtigt.

Einzelplan 5

An Neuanschaffungen bei den eigenen Sportstätten besteht ein Bedarf von 176.000 Euro. Als Zuschuss für den Bau eines neuen Sport- und Trainingsplatzes auf dem Schloßberg sind 420.000 Euro vorgesehen. 480.000 Euro stehen noch als Rest aus 2016 zur Verfügung. 100.000 Euro werden für Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, an denen sich der Verein mit der Hälfte beteiligt.

Die Turn- und Festhalle Schnaitheim wird innen und außen saniert. Hierfür erhält die Stadt aus dem Kommunalinvestitionsförderprogramm voraussichtlich 630.000 Euro. Veranschlagt sind 600.000 Euro sowie eine Verpflichtungsermächtigung von 1 Mio. Euro. An Zuweisungen aus dem Förderprogramm sind 230.000 Euro in 2017 enthalten.

Für die Dusch- und Toilettenbereichsanierung in der Max-Planck-Turnhalle sind 100.000 Euro für den verbleibenden Bauabschnitt im Plan veranschlagt.

Die abschließenden Sanierungsmaßnahmen für das Waldfreibad sind mit 900.000 Euro berücksichtigt.

Für Neuanlagen bei den Kinderspielplätzen sind 30.000 Euro und 100.000 Euro für Ersatzbeschaffungen veranschlagt.

Einzelplan 6

Sanierungsgebiete im Unterabschnitt 6150

Hier liegt wieder ein Schwerpunkt bei den Investitionen der Stadt. Für das Sanierungsgebiet „Soziale Stadt Wilhemstraße/Kastorstraße“ werden 253.700 Euro für private Sanierungsmaßnahmen eingeplant.

Beim Sanierungsgebiet „Ploucquet-Areal“ werden 760.000 Euro zur Verfügung gestellt. Hierin enthalten sind neben Grunderwerb und Abbruch des ehemaligen Kinderschutzbund-Gebäudes die Straßenbaumaßnahmen in der Helmut-Bornefeld-Straße mit 475.000 Euro und 100.000 Euro für den Grünstreifen an der Brenz bei der Stadtwaage. An Einnahmen rechnet die Stadt mit 500.000 Euro aus Grundstückserlösen und Zuschüssen mit 1 Mio. Euro.

Für die Stadtbibliothek stehen 3.986.000 Euro sowie eine Verpflichtungsermächtigung mit 850.000 Euro bereit.

Im Sanierungsgebiet Oststadt sind 270.000 Euro für den Grunderwerb und 1,73 Mio. Euro für Sanierungsmaßnahmen enthalten, wovon 840.000 Euro auf die Sanierung der Römerstraße von der Paradiesstraße bis zur Neunhoeffterstraße entfallen. Zuweisungen sind hier mit 1,5 Mio. Euro veranschlagt.

Im Sanierungsgebiet Hagen wird der Grunderwerb mit 1,3 Mio. Euro berücksichtigt. Für Sanierungsmaßnahmen haben wir 1,5 Mio. Euro vorgesehen, worin 700.000 Euro für die Sanierung des Fußgängerstegs über die Bahnlinie und 465.000 Euro für einen ersten Bauabschnitt der Straßensanierung in der Fabrikstraße enthalten sind. An Zuweisungen vom Land werden hier 1,4 Mio. Euro eingeplant.

Straßen, Wege, Plätze im Unterabschnitt 6300

Für diesen Bereich werden 1,85 Mio. Euro veranschlagt.

An Erschließungskosten für das neue Wohngebiet „Siebenbürgenweg Nord“ sind 330.000 Euro enthalten. Die Erschließung von Gewerbeflächen im Gebiet „Wasenäcker (Im Brühl)“ ist mit 155.000 Euro veranschlagt. Die weitere Sanierung der Ziegelstraße beläuft sich auf 560.000 Euro zuzüglich einer Verpflichtungsermächtigung von 380.000 Euro. 320.000 Euro sind als weitere Rate für die Sanierung der Enggaßstraße verplant.

Im gesamten Stadtgebiet sind für Gehwege, Randsteine und Beläge 200.000 Euro im Plan enthalten, für Fahrradinfrastruktur 40.000 Euro und Signalanlagen 70.000 Euro. Der städtische Anteil für die Überprüfung des Verkehrsflusses an Bundesstraßen beläuft sich auf 100.000 Euro.

Für die Straßenbeleuchtung in neuen Gebieten sowie für Erneuerungsmaßnahmen sind 300.000 Euro in den Plan aufgenommen worden. Für den Winterdienst und die Straßenreinigung stehen 200.000 Euro zur Verfügung, u. a. für die Anschaffung eines Schmalspurtraktors und von Schneepflügen.

Die Sanierung der Rathaus-Tiefgarage ist nach wie vor ein großer Posten im Vermögenshaushalt. Hier ist eine weitere Rate in Höhe von 1,6 Mio. Euro und eine Verpflichtungsermächtigung mit 100.000 Euro aufgenommen worden.

Einzelplan 7

Bei der Abwasserbeseitigung stehen 2017 insgesamt 2,54 Mio. Euro an Investitionen an. Im Kanalbereich werden im Zusammenhang mit den Straßensanierungen mehr als 1,8 Mio. Euro investiert, wovon auf die Ziegelstraße 520.000 Euro zzgl. Verpflichtungsermächtigung von 400.000 Euro entfallen. Auf den Kanal in der Enggaßstraße entfallen 150.000 Euro. In den Sanierungsgebieten werden entsprechend den Straßenbaumaßnahmen 640.000 Euro für Kanäle veranschlagt und für die Neuerschließungen 485.000 Euro. Auf die Hausanschlüsse entfallen 125.000 Euro.

Für den Neubau des Faulturms auf der Kläranlage Mergelstetten sind nach den 250.000 Euro in 2016 nun weitere 500.000 Euro eingestellt. Die Verpflichtungsermächtigung hierfür beträgt 3,65 Mio. Euro. Die Maßnahme wird uns auch über 2017 hinaus beschäftigen.

Im Friedhofswesen haben wir für weitere Grabformen wieder 150.000 Euro veranschlagt. Auf dem Friedhof in Schnaitheim sind Rasengräber und Hangurnengräber vorgesehen.

Wegesaniierungen sind pauschal mit 100.000 Euro auf allen Friedhöfen veranschlagt. Auf dem Friedhof in Mergelstetten stehen 80.000 Euro für die Sanierung des Vorplatzes der Aussegnungshalle und 50.000 Euro für die Außensanierung der Leichenhalle zur Verfügung.

Bei den Städtischen Betrieben ist ein Betrag in Höhe von 200.000 Euro für Neuanschaffungen im Plan enthalten.

Für die Schaffung von Barrierefreiheit am Bahnhof der Deutschen Bahn sind wiederum 100.000 Euro im Plan veranschlagt. Hiervon werden v.a. Planungen für weitere Schritte zur Barrierefreiheit wie die Anhebung der Bahnsteige finanziert.

Einzelplan 8

Auf der Einnahmenseite sind bei den vergebenen Gesellschafterdarlehen insgesamt 572.000 Euro an Tilgung eingeplant, Grundstückserlöse mit 1,5 Mio. Euro. Für Grunderwerb und Vermessungskosten haben wir 530.000 Euro außerhalb der Sanierungsgebiete eingeplant.

Für Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei den Liegenschaften sind 170.000 Euro im Plan enthalten.

Damit das Schloß Hellenstein im neuen Licht erstrahlen kann, sind 140.000 Euro im Plan 2017 aufgenommen worden.

Querschnitt

Zieht man einen Querschnitt über den Vermögenshaushalt 2017, so werden die Mittel hauptsächlich für folgende Bereiche eingesetzt:

- Schulen: 4,1 Mio. Euro; entspricht 11 %
- Kindertageseinrichtungen: 2,4 Mio. Euro; entspricht 6,5 %
- Sportstätten, Waldfreibad: 1,8 Mio. Euro; entspricht 4,8 %
- Bau- und Wohnungswesen (inkl. Sanierungsgebiete), Verkehr: 14 Mio. Euro; entspricht 37,2 %
- Abwasserbeseitigung: 2,63 Mio. Euro; entspricht 7%
- Ordentliche Tilgung: 2,39 Mio. Euro; entspricht 6,4 %
Außerordentliche Tilgung: 3,4 Mio. Euro; entspricht 9 %
- Negative Zuführungsrate: 1,8 Mio. Euro; entspricht 4,8 %
- die restlichen 13,3 % verteilen sich auf die verbleibenden Aufgabenbereiche

Rücklagenstand

Verläuft das Haushaltsjahr 2016 nach Plan, stehen Ende 2016 noch 39,48 Mio. Euro in der allgemeinen Rücklage. Momentan sieht es danach aus, dass dieser Wert aufgrund gut laufender Steuereinnahmen besser ausfällt. Im Haushaltsjahr 2017 sind 22 Mio. Euro Rücklagenentnahme geplant, was einen geplanten Endstand von 17,46 Mio. bedeutet. Dieser Rücklagenstand liegt zwar noch 14,4 Mio. Euro über dem gesetzlichen Mindeststand von 3,06 Mio. Euro, unterschreitet allerdings die selbst gesteckte Bindung von 23,8 Mio. Euro.

Statt zusätzlichen Darlehen ist es haushaltsrechtlich geboten, die Selbstbindung bei der Rücklage zu unterschreiten, wenn nicht auf die Investitionen verzichtet werden soll.

Schuldenstand

Der Schuldenstand bleibt annähernd gleich bei 46,4 Mio. Euro. Es wird in 2017 genauso viel getilgt wie an Krediten aufgenommen. Trotz starker Einschnitte bei den Zuweisungen und sehr hohen Umlagen im Verwaltungshaushalt sowie einem extrem hohem Investitionsprogramm liegt die Nettoneuverschuldung bei „0“!

Mittelfristige Finanzplanung

Die mittelfristige Finanzplanung stellt uns immer noch vor große Herausforderungen. Hätten wir die Vorhaben aus den Fachbereichen neu in die Finanzplanung aufgenommen, die zweifelsfrei die Stadt in der Entwicklung ihrer Handlungsfelder weiter voran gebracht hätten, so stünden wir zum Ende des Finanzplanungszeitraums nur noch mit dem Mindestrücklagenstand und einer deutlich höheren Verschuldung da.

Daher haben wir den Finanzplanungszeitraum so gestaltet, dass die Vorhaben, die bisher enthalten waren, weitergeführt bzw. abgeschlossen werden können und neue Vorhaben im Pflichtaufgabenbereich deutlichen Vorrang vor Vorhaben im Freiwilligkeitsbereich haben. Einige Vorhaben, die schon in der Finanzplanung der letzten Jahre standen, mussten zum Teil nach hinten verschoben werden.

Für die verlässliche Mifri fehlt ebenfalls noch der Haushaltserlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft. Die weitere Entwicklung des Grundkopfbetrags, der bereits von den im Haushaltserlass 2015 prognostizierten 1.218 Euro für das Jahr 2016 auf nur noch 1.178 Euro abgesenkt wurde, ist nicht bekannt.

Die weiteren Vorgaben unsererseits sind:

- Steigerung bei der Gewerbesteuer um 2,5 Mio. Euro bis 2020 auf dann 28 Mio. Euro durch eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 30 Hebesatzpunkte (8,3 %)
- Steigerung bei den Personalausgaben um 2 % jährlich
- Steigerung der sächlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt um 2 % jährlich
- vorerst keine Erhöhung bei den Grundsteuerhebesätzen
- Kreditaufnahme in 2018 und 2019 von insgesamt 4,4 Mio. Euro und damit Erhöhung der Verschuldung auf 50,8 Mio. Euro bis 2020
- Vertretbare und gebotene Anpassung von Gebühren bei den kostenrechnenden Einrichtungen

Die Anforderungen bei der Mittelanmeldung an die Fachbereiche waren wegen den niedrigen Zuführungsraten des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt an alle Fachbereiche sehr anspruchsvoll. Insgesamt investieren wir trotz der Zurückhaltung im Finanzplanungszeitraum von 2018 bis 2020 immer noch stolze 41,2 Mio. Euro. Dies allerdings auch mit Hilfe von zusätzlichen Schulden in Höhe von 4,4 Mio. Euro.

Dominierende Vorhaben im Finanzplanungszeitraum sind die Sekundarstufe für die Gemeinschaftsschule (1,7 Mio. Euro in 2018), die Einrichtung des Ganztagesbetriebs an der Hirscheckschule (1,15 Mio. Euro in 2018) sowie die Sanierungsgebiete „Hagen“ in Schnaitheim und „Oststadt“, wo wir 6,9 Mio. Euro in den Jahren 2018-2020 vorgesehen haben. Für das nördliche Plouquet-Areal kommen noch 884.000 Euro in 2018 hinzu. Beim Sanierungsthema entwickelt sich Heidenheim also ebenfalls konsequent weiter.

Außerdem sind der Abriss und die Neuerrichtung des Kindergartens in der Albert-Schweitzer-Straße und die Sanierung der Turn- und Festhalle in Schnaitheim zu erwähnen, bei denen es 2 Mio. Euro aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz als Zuwendung gibt. Beide Vorhaben werden bis 2018 abgeschlossen.

An größeren Straßenbaumaßnahmen ist in 2018 die endgültige Herstellung der Talhofstraße mit 950.000 Euro aufgeführt.

Die Erschließung des Baugebiets „Am Hardtwald“ ist in 2019 mit 375.000 Euro veranschlagt. Die Grundstücke sind in städtischem Eigentum.

Für die Generalsanierung der Rathaus-Tiefgarage sind 1,7 Mio. Euro auf die Finanzplanungsjahre 2018-2020 veranschlagt.

Bei der Abwasserbeseitigung sind größere Investitionen auf der Kläranlage Mergelstetten notwendig, um hier nicht ins Hintertreffen zu geraten. So werden für den dringenden Neubau des Faulturms 3,65 Mio. Euro in 2018 bis 20 eingeplant. Der Umbau der Rechenanlage für 350.000 Euro in 2018, Denitrifikation mit 300.000 Euro in 2020 und die Betonsanierung auf der Kläranlage Schnaitheim mit 180.000 Euro in 2018. Die Kanalbaumaßnahmen korrespondierend zu den Straßenbaumaßnahmen und den Maßnahmen in den Sanierungsgebieten „Hagen“ und „Oststadt“ fallen in 2018-2020 mit 2,6 Mio. Euro ins Gewicht.

Der Umbau des Städtischen Baubetriebshofs ist 2020 mit einer ersten Rate von 600 T€ enthalten. Kosten für eine Gesamtkonzeption, verbunden mit einem Umzug, sind mit 10 Mio. Euro ermittelt worden. Die Finanzplanung kann diese Kosten allerdings noch nicht abbilden. Die notwendigen Ersatzbeschaffungen der Städtischen Betriebe für Güter des Anlagevermögens sind mit 600.000 Euro in der Finanzplanung veranschlagt.

Für die Herstellung der Barrierefreiheit am Heidenheimer Bahnhof haben wir 886.000 Euro in die Finanzplanung aufgenommen. In 2020 ist die letzte Rate vorgesehen.

Um auf dem Grundstücksmarkt handlungsfähig zu bleiben, sind in der Finanzplanung 2018 bis 2020 jeweils 500.000 Euro an Mitteln für den Grunderwerb eingestellt.

Die Sanierungen bzw. Umbauten am Elmar-Doch-Haus sind ab 2018 vorgesehen. Gesamtkosten betragen hier 1,5 Mio. Euro.

Das vorgelegte Investitionsprogramm schlägt voll auf die Rücklagenentwicklung durch. Bis Ende 2020 erwarten wir beim aufgestellten Investitionsprogramm einen Rückgang auf 4,9 Mio. Euro. Das bedeutet, dass die selbst gesetzte „gebundene“ Rücklage aufgebraucht wird. Die Rücklage liegt nur noch knapp über dem gesetzlich geforderten Mindestbestand in Höhe von 3,1 Mio. Euro.

Der Schuldenstand wird bis zum Jahr 2020 auf 50,8 Mio. Euro steigen. Um unsere Aufgaben konsequent weiterzuverfolgen, ist eine Erhöhung des Schuldenstands angesichts des derzeitigen

Niedrigstzinsniveaus allerdings mehr als vertretbar, wenn nicht sogar geboten und wirtschaftlich darstellbar.

Die Stadt investiert zwischen 2018 bis 2020 41,9 Mio. Euro mit 4,4 Mio. zusätzlichen Krediten. Wir haben in den letzten Jahren ohne neue Schuldenaufnahme viel Vermögen geschaffen und die vorhandene städtische Infrastruktur nicht nur instand gehalten, sondern auch Investitionsrückstände wie bei den Straßen konsequent abgebaut. Die Schulden werden im Finanzplanungszeitraum mit höheren Einnahmen auch ordentlich getilgt. Die Chancen auf weiteres Wachstum und Weiterentwicklung der Stadt können so gewahrt bleiben. Die Schuldenbremse des Landes gilt nicht für Kommunen.

Risiken

Der Haushalt ist nicht frei von Risiken. Diese sind:

- Abschwächung der Konjunktur mit damit einhergehenden Steuerrückgängen, zurückgehenden Zuweisungen. Solche sind nur sehr schwer durch Ausgabenkürzungen auszugleichen.
- Finanzierungsrisiken bei einem Zinsumschwung. Auslaufende Darlehen müssen möglicherweise wieder zu teureren Zinskonditionen aufgenommen werden. Dies ist derzeit allerdings nicht absehbar.
- Die Baukosten werden angesichts der guten Konjunktur weiter steigen. Eventuell sind die Steigerungsraten noch zu niedrig kalkuliert.
- Die Entwicklung der Finanzverhandlungen mit dem Land ist noch offen. Es steht zu befürchten, dass zusätzliche kommunale Mittel zur Finanzierung des Landeshaushalts herhalten müssen.
- Das Thema Finanzierung der Anschlussunterbringung ist noch nicht zur Zufriedenheit der Städte und Gemeinden gelöst.

Der Haushaltsplan wurde nach den uns bekannten Vorgaben und Rahmenbedingungen sorgfältig, gewissenhaft und wo nötig nach eingehender Schätzung aufgestellt.

Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, auf Herausforderungen reagieren zu können.

In der Klausurtagung haben wir Folgerungen aus den enger werdenden Spielräumen diskutiert. Gebühren und Steuererhöhungen werden unausweichlich sein, um Angebote und Standards auf hohem Niveau zu halten und weiter auszubauen. Eine Aufgabenkritik wird dennoch eingeleitet. Dies wird nicht bequem, sondern für alle Beteiligten anstrengend.

Wir sind der Meinung, mit dem vorgestellten Haushalt 2017 und der Finanzplanung 2018 bis 2020 die richtigen Impulse für eine erfolgreiche und maßvolle Weiterentwicklung der Stadt zum Wohle aller zu geben.

Ich möchte insbesondere Ihnen, Herr Oberbürgermeister Ilg, für die äußerst gute Zusammenarbeit, Ihr Vertrauen und Ihre Impulse für unsere Arbeit danken.

Ebenso Herrn Bürgermeister Domberg und den Kolleginnen und Kollegen Fachbereichs- und Geschäftsbereichsleitern, die mit ihren berechtigten Mittelanmeldungen in diesem Jahr noch häufiger als sonst nicht so bedient werden konnten, wie sie und ihr Aufgabengebiet es verdient gehabt hätten.

Besonderer Dank gilt dem Team um Herrn Edelmann und Frau Wendland für die wieder korrekte, genaue und zeitige Aufstellung des Plans. Er ist transparent und übersichtlich. Dies betone ich noch einmal, da mit dem Haushaltsplan 2017 der letzte sogenannte „kamerale“ Haushalt eingebracht wird. Ab 2018 soll der Haushalt nach dem NKHR eingebracht werden.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen mit Ihnen und danke für die Aufmerksamkeit.